

Der Linkspartei wird Judenfeindschaft vorgeworfen – ohne Argumente, aber mit erkennbaren Absichten. Die Angriffe werden aus der eigenen Führungsriege munitioniert.



Das Antisemitismus-Phantom

Rote Fahne, schräge Schrift – das Symbol der Linkspartei.

Von Ludwig Watzal

In der Partei *Die Linke* herrscht auf allen Ebenen Chaos und Orientierungslosigkeit. Insbesondere die Führung der Bundespartei und der Bundestagsfraktion agieren geradezu hysterisch, als ob der Fuchs dem Hühnerstall einen Besuch abstattet. Auslöser dieses kopflosen Verhaltens war eine «Aktuelle Stunde» über den angeblichen Antisemitismus in der Linkspartei am 25. Mai 2011 im Deutschen Bundestag. Was dort dem Zuschauer von den Rednern aller anderen Fraktionen an «Argumenten» geboten worden ist, war niveaulos und faktenfrei.

Der **Debatte lag** eine so genannte wissenschaftliche Studie zweier selbsternannter Experten zugrunde, die aus jenem Teil der Linken kommen, der sich selbst als «antideutsch» bezeichnet: *Samuel Salzborn* hat eine Professur an der Liebig-Universität in Gießen, und *Sebastian Voigt* schreibt an einer Dissertation am *Simon-Dubnow-Institut* der Universität Leipzig. Immerhin hat

letzterer in einem Interview eingestanden, dass es sich bei dem Anti-Linkspartei-Pamphlet gar nicht um eine »wissenschaftliche Studie« handele. Die Abgeordneten des Bundestages focht das nicht an, sie beriefen sich in der Debatte immer wieder auf die grotesken Ausführungen des Duos. *Gregor Gysi* sprach völlig richtig von «Blödsinn», aber unterschätzte die organisierte politische Dynamik des Politik- und Parlamentsbetriebes.

So kam es, wie es kommen musste, aber nicht hätte kommen dürfen: Die Linksfraktion ließ das Tribunal an jenem 25. Mai geschlossen über sich ergehen. Wie politisch unbedarft muss man eigentlich sein, um einen solchen «Schauprozess» ohne Protest zu ertragen? Nach der Rede ihrer Abgeordneten *Luc Jochimsen* hätte die Fraktion geschlossen den Plenarsaal verlassen und zu Protokoll geben sollen, dass diese «Aktuelle Stunde» sie nicht betrifft. Vermutlich ist die Geschlossenheit aber schon daran gescheitert, dass die stellvertretende Parteivorsitzende *Katja*

Kipping offen ihre Betroffenheit zur Schau stellte – nicht über die Dummlichkeit der Vorwürfe, sondern wegen deren angeblicher Berechtigung. Prompt wurde sie von einigen Kollegen der anderen Fraktionen als die «gute Linke» vorgeführt, wobei sie bei diesem politischen Kompliment beschämt nach unten geschaut hat, wie bei der Übertragung zu sehen war. Der Fraktionsvorsitzende *Gysi* und die dezidiert pro-israelische Fraktionsvorsitzende *Petra Pau* hatten sich vorsorglich entschuldigt und waren der Sitzung ferngeblieben.

Das ganze Gerede vom linken Antisemitismus geht auf die mutige Aktion der drei Bundestagsabgeordneten *Norman Paech*, *Anette Groth* und *Inge Höger* zurück, die unter Einsatz ihres Lebens die illegale und völkerrechtswidrige Blockade des von Israel besetzten Gaza-Streifens am 31. Mai 2010 auf dem türkischen Schiff *Mavi Marmara* durchbrechen wollten, um den Menschen notwendige Hilfsgüter zukommen zu lassen. Das Schiff wurde



Gaza-Aktivisten auf dem US-Schiff «The Audacity of Hope». Vorsicht, Linkspolitiker: Palästina-Solidarität kann die Nominierung kosten!



Solidarität mit zivilen Opfern von Aggressionen zählt für die Linkspartei nicht mehr.

bekanntlich von israelischen Kommandoeinheiten in einer kriegerischen Aggression im internationalen Gewässer wider das Völkerrecht aufgebracht, neun Passagiere wurden dabei getötet. Damals war die Parteivorsitzende *Gesine Lötzsch* zu Recht stolz auf den politischen Mut und die Zivilcourage der drei. Ganz anders ein Jahr später, als *Gregor Gysi* in der Bundestagsfraktion einen Beschluss durchsetzte, der allen Abgeordneten und Funktionsträgern, ja sogar deren Mitarbeitern eine Beteiligung an der diesjährigen Gaza-Flottille untersagte.

Ähnlich konstruiert sind weitere Belege für den vorgeblichen Antisemitismus der Linkspartei. So soll der Fraktionsvorsitzende im Duisburger Stadtrat, *Hermann Dierkes*, in einem Vortrag das «Existenzrecht Israels» als «läppisch» klassifiziert haben. Zu Jahresanfang 2011 sorgte außerdem ein Flyer für Aufsehen, der rein zufällig vom dubiosen Internetportal *Ruhrbarone* auf der Website der Duisburger Linkspartei entdeckt worden ist und in einer Collage das Hakenkreuz und den Davidstern zeigt. Die Linke hat sich auf allen Ebenen davon distanziert. Die Duisburger gehen davon aus, dass das Machwerk von antideutschen Denunzianten eingeschmuggelt und auf den hinteren Seiten der Webpräsenz des Kreisverbandes versteckt wurde. Eben dort fanden es die *Ruhrbarone*. Ein weiteres «antisemitisches» Beweisstück ist ein Palästinenser-Schal, den man *Frau Höger* bei einer Veranstaltung in Wuppertal umgehängt hat

und der die Karte des historischen Palästinas vor 1948 – also vor der Staatsgründung Israels – zeigte. Gleichzeitig regt sich niemand darüber auf, dass auf keiner offiziellen Karte der israelischen Regierung oder der diversen Autoverleih-Firmen die besetzten palästinensischen Gebiete markiert sind.

Aber bleiben wir beim «Existenzrecht Israels». Für jeden, der ohne politische Scheuklappen auf den Nahostkonflikt blickt, ist dieser Punkt irrelevant, weil niemand das Existenzrecht des Staates Israel in Frage stellt – außer denjenigen Zionisten, die durch ihre völkerrechtswidrige Expansionspolitik den jüdischen Staat immer wieder selbst gefährden. Der Staat existiert seit 62 Jahren. Eine Debatte darüber ist so überflüssig wie ein Kropf.

Frühere israelische Politiker wussten, welche Gefahren die Politfloskel vom «Existenzrecht Israels» birgt. *Abba Eban*, der ehemalige Außenminister, schrieb etwa am 18.11.1981 in der *New York Times*: «Niemand erweist Israel einen Dienst, indem er sein "Existenzrecht" proklamiert. Es ist beunruhigend, dass so viele, die Israel wohl gesonnen sind, diese verächtliche Formulierung im Munde führen.» Und der damalige israelische Likud-Ministerpräsident *Menachem Begin* erklärte bei der Vorstellung seiner neuen Regierung 1977 in der Knesset: «...ich möchte hier feststellen, dass die Regierung Israels keine Nation, sei sie nah oder fern, mächtig oder klein, darum ersuchen wird, unser Existenzrecht anzuerkennen.» Für beide Politiker war das «Existenzrecht

Israels» das Selbstverständlichste auf der Welt, das keiner ausdrücklichen Erwähnung bedürfe.

Welche Ratio treibt die Vertreter der Linken und der anderen Parteien eigentlich um, wenn sie trotzdem und andauernd etwas einfordern, das kein seriöser Politiker global in Frage stellt? Sie sollten sich vielmehr mit der brutalen Realität in den von Israel besetzten Gebieten auseinandersetzen. Vom Selbstbestimmungs- und Existenzrecht des palästinensischen Volkes spricht kein westlicher Politiker. Dabei gäbe es im Herbst diesen Jahres eine ganz praktische Möglichkeit, dafür etwas zu tun: Die Palästinenser planen, ihren Staat durch eine UN-Abstimmung zu legitimieren und dann ganz offiziell zu proklamieren. Mit dieser völkerrechtlichen Anerkennung zögen die Palästinenser wenigstens de jure mit Israel gleich. Ein darüber hinausgehenden «Existenzrecht» für Staaten gibt es als Rechtsfigur im Völkerrecht gar nicht.

Die Linkspartei hat selbstverständlich kein Antisemitismus-Problem, sondern ein antideutsches: Sie ist auf allen Ebenen von antideutschen Extremisten unterwandert, die die gesamte Partei auf den kritiklosen Israelkurs zwingen wollen, auf dem sich die anderen bereits befinden. Mit dem Verbot für Mitglieder, sich an der diesjährigen Gaza-Hilfsflottille zu beteiligen, hat die Fraktionsführung gezeigt, dass es ihr um Marginalisierung, ja Mundtotmachung jeglicher Kritik an Israels Kolonialpolitik geht.

Die Abrechnung mit den Israel-Kritikern – in der Bundestagsfraktion darf man von einem mutigen Dutzend unter den insgesamt 76 Abgeordneten ausgehen – kommt spätestens dann, wenn die Listenplätze für die Bundestagswahl 2013 vergeben werden. Dann werden die bedingungslosen Israel-Freunde um *Gysi*, *Pau* und *Kipping* den Aufrechten die Quittung präsentieren. Gut möglich, dass der vorgesehene Beschluss, das «Existenzrecht Israels» ins Parteiprogramm aufzunehmen, das Existenzrecht der Linkspartei beseitigt und zu ihrer Selbstabschaffung führt.

● *Ludwig Watzal* ist Politologe und Journalist und lebt in Bonn. In COMPACT 2/2011 schrieb er über die arabische Revolte und die Haltung des Westens.